

Aufstellung aller von der Fraktion DIE LINKE eingereichten Änderungsanträge zum Bremer Haushalt 2008/2009

Fassung 7. März

Fraktion DIE LINKE in der Bremer Bürgerschaft

Lfd. Nummer	Haushaltstitel / Ziel	Absicht	Anschlag 2008 (in Tsd. €)	Anschlag 2009 (in Tsd. €)	Geschaffene / Gesicherte Arbeitsplätze (Vollzeit) in 2009 (geschätzt)	Soziale Bedeutung	Weitere Gründe / Bemerkungen
Thema	Soziales						
1	Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	Rückgängigmachung von Kürzung.	107	112	2	Erhalt von Selbsthilfe-Gruppen (Nitribitt), Schuldnerberatung, Förderung von ehrenamtlichem Engagement.	
2	Leistungen für Migranten	Rückgängigmachung von Kürzung.	39	97	0	Erhalt von Selbsthilfe-Gruppen – Für gelingende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Faktor.	
3	Zuwendungen der offenen Behindertenhilfe (Landesarbeitsgemeinschaft und MS-Verein).	Rückgängigmachung von Kürzung.	44	69	0	Landesarbeitsgemeinschaft der Behinderten hat wichtige Aufgabe bei der Koordination der verschiedenen Behindertenverbände. – Der MS – Verein ist die Bremer Anlaufstelle für Menschen, die an multipler Sklerose erkranken.	
4	Soziale Stadt (Projektmittel für Arbeitslosenprojekte u. ä.)	Zum Ausnutzen der bereitstehenden staatlichen Komplementärmittel braucht man etwa 1.100	3.300	3.300	500	Ermöglicht vielfältige soziale und stadtteilbezogene Projekte	

		<p>und 900 Tsd. € Bremer Beitrag. Diese Mittel sind inzwischen vom rot-grünen Senat eingestellt worden</p> <p>Dies ist jedoch ein bedeutsamer Posten, insbesondere für Projekte gegen Armut. Daher haben wir die dreifachen Mittel beantragt.</p>					
5	Sozialticket	<p>Der rot-grüne Senat verhandelt mit der BSAG um die Einführung des Tickets ohne weitere Kosten. Dies ist nach BSAG aber nicht möglich. Wir unterstützen die Absicht der Einführung eines Sozialtickets, wollen aber (nur zur Sicherheit) 2.000.000 € in den Risikotopf einstellen, für etwaige Unkosten der BSAG</p>	2.000	2.000	0	Mobilität für Hartz IV-EmpfängerInnen	Möglicherweise mehr Personal bei der BSAG
6	Case Manager im Jugendamt	<p>Erhöhung der Stellenzahl um 20 Personen ist dringend geboten – viele Case-Manager sind überlastet</p>	1.000	1.000	20	Mehr Sicherheit für Kinder	Weniger Überarbeitung für MitarbeiterInnen
7	Kosten der Unterkunft	<p>Einstellen zusätzlicher Mittel zur Vermeidung von Zwangsumzügen (1.000 Tsd.) - sowie Übernahme der tatsächlichen, Heizkosten (1.890)</p>	2.890	2.890	0	Mehr Sicherheit und Mittel für Hartz IV-EmpfängerInnen	
8	Einmalzahlungen für Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften	<p>Einmalzahlungen (Schulgeld pro Kind 80 € / Jahr, Weihnachtsgeld 50 € pro BedarfsempfängerIn)</p>	5.400	5.400	0	Mehr Mittel für Kinder und Erwachsene in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften	(nebenbei Förderung des Bremer Einzelhandels)

9	Obligatorische, mindestens als Erzieherin ausgebildete 2. Fachkraft bei der Betreuung von Kindergruppen	Forderung des Personalrats KiTa Bremen und Verdi Betriebsgruppe. Vorgeschlagen wird stufenweise Einführung, pro Jahr 100 KindergärtnerInnen mehr – für vier Jahre	5.000	10.000	200	Wesentliche Verbesserung der Kita-Betreuung	
10	Mittel offene Jugendarbeit Zuschüsse für außerschulische Jugendbildung, Jugendverbandsarbeit und -information	Kürzungen sind zurückgenommen – aber in diesem Bereich kann auch mehr Geld (500.000) sinnvoll ausgegeben werden. Und im Bereich Jugendbildung ebenfalls (100.000)	600	600	4	Mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Bremen	
Summe Soziales			20.380	25.468	726		

Thema:	Gesundheit						
11	Geld für 5 weitere Familienhebammen (bisher 5,5)	Wichtiges Instrument für Betreuung von Familien und Säuglingen	300	300	5	Verbessert das Kindeswohl (Pflege, Entwicklungsuntersuchungen ...)	
12	Projektmittel-Erhöhung beim Gesundheitsamt	Rückgängigmachung der Streichung beim Notruf für vergewaltigte Frauen	0	74	1	Sicherung eines wichtigen sozialen Angebots für Frauen	
13	Klinikum Bremen Mitte	Abwendung der Insolvenz durch Erhöhen der Eigenmittel (investiv) – Eine Forderung, die vom Klinikum erhoben wird, für die aber kein Geld im Haushalt eingestellt worden ist.	0	30.000		Erhalt des zentralen Krankenhauses Bremens	Sichert mehrere Hundert Arbeitsplätze
Summe Gesundheit			300	30.374	6		

Thema	Bildung						
14	Mittel für Hochschulen	Rücknahme der Kürzungen des Hochschulgesamtplans 5 (Zurück auf HGP IV- auch schon Sparplan)	13.600	18.300	100	Verbesserung des Lehrangebots und der Betreuungssituation	
15	35 Lehrer in der Primarschule	Rückgängigmachung von Kürzung	2.356	2.282	35	Gerade in der Grundschule können Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen und Kinder mit Migrationshintergrund am erfolgreichsten unterstützt werden.	Wurde auch vom rot-grünen Senat versprochen
16	65 Lehrer zusätzlich	Würde die Schüler-Lehrer-Relation Bremens gerade auf den Bundesdurchschnitt anheben.	3.300	3.300	65	Kleiner Beitrag dazu, die Bremer Schulenzu verbessern - auch im Bundesvergleich	
17	30 Lehrer zusätzlich pro Jahr (für vier Jahre)	Zur Wiedereinführung der Klassenlehrer-Innen-Stunde – Ausgleich des entsprechenden Stundendeputats	1.523	3.046	60	Von LehrerInnen werden immer mehr soziale Aufgaben gefordert, z.B. auch Elternberatung –	- Dies sollte sich auch in den Arbeitsplänen niederschlagen
18	NUP I: 65 Stellen für nicht-unterrichtendes Personal	Rückgängigmachung von Kürzung	1.750	2.700	65	Das Nicht-unterrichtende Personal ist eine wichtige Stütze gerade für Förderunterricht, Betreuung während des Mittagessens, Hausaufgabenbetreuung ...	Die Kürzung von 65 Stellen wird auch von Schulbehörde und selbst Schulressort als schwer tragbar eingeordnet.
19	NUP II: 20 neuen pädagogischen Mitarbeiterinnen für Projekte in sozialen Brennpunkten.	Möglichkeiten für Projekte mit armen Kindern und Jugendlichen	900	900	20	... gerade bei der angestrebten Ausweitung der Ganztagschule bieten sich hier weitere Projekte an.	
20	NUP III: Gehaltserhöhung für NUP-Kräfte mit 95%_Regel auf 100	Forderung des Personalrats	510	510		Anerkennung der Arbeit des Nicht-Unterrichtenden Personals, welches	

						insbesondere im pädagogischen Bereich wie Lehrkräfte auch Vorbereitungen, Besprechungen und organisatorische Arbeit neben der Schüler-Arbeit erledigen müssen.	
	Summe Bildung		23.939	31.038	345		

Thema:	Arbeit						
21	Einführung von öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven	Die bisherigen 1 -€ Jobs sollen in Arbeitsplätze nach § 16 a SGB II umgewandelt werden. Dies ist ein neues beschäftigungspolitisches Instrument, welches sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten vorsieht. Sie werden zu 75% aus Bundesmitteln bezuschusst.	9.900	20.558	3617	Umwandlung von 1€-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit (ca. 1300 € brutto). Arbeitsfelder insbesondere im ökologischen, sozialen und kulturellen Bereich	
22	Verringerung „Kosten der Unterkunft“	Diese Beträge an Sozialhilfe (Bremer Anteil) können durch die obige Förderung öffentlicher Beschäftigung <i>eingespart</i> werden	-1.120	-5.640	0		
23	Quotierte Einstellung von 100 Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.	Eigentlich sollen MigrantInnen gezielt eingestellt werden – allerdings wird bei dem Bremer Personalabbau überhaupt niemand eingestellt. Daher die Absicht, 100 MigrantInnen extra einzustellen.	3.000	4.500	100	Erhöhte Chancen für MigrantInnen, stärkere Präsenz in der Verwaltung	Möglichkeit für die Verwaltung, unterbesetzte Ressorts zu stärken.

	Summe Arbeit	11.780	19.418	3.717		
--	---------------------	---------------	---------------	--------------	--	--

Thema:	Kultur						
24	Kulturpolitisches Aktionsprogramm	Die Förderung von freien Kultur- und Kunstinitiativen hat abnehmende Fördermittel aus gesunkenen Wett- und Spielbankeinnahmen in Höhe von ca. 1 Mio. € zu verkraften. Wir treten dagegen für eine Förderung auf dem Niveau von 2006 ein.	2.400	2.400	50	Aus diesem Programm sollen freie Kultur-, Kunst- und Musikinitiativen mit Fördergeldern für Projektmitteln und Finanzierungen für ABM-Stellen unterstützt werden.	
25	Sachmittel für bildende Kunstschaffende	Katalogförderung und Sachmittelförderung – eine Forderung der Kunstszene	90	90	2	Einrichtung eines speziellen Postens im Haushalt zur Unterstützung der ca. 500 freischaffenden KünstlerInnen in Bremen mit Sachmitteln.	
26	Teilweise Rücknahme der Bibliothekskürzungen	Das vom Kulturressort entnommene Geld war an sich von der Bibliothek für Instandhaltung und neuen Bus eingeplant.	500	500		Ein weiterer Bibliotheksbus würde es ermöglichen, das Angebot der Stadtbibliothek in weiteren Randgebieten Bremens anzubieten.	
	Summe Kultur		2.990	2.990	52		

Thema:	Umwelt						
27	Umwelt-Projektmittel Insbesondere für kooperative Netzwerk-Projekte	Umwelt-Projekte werden sehr restriktiv vergeben- insbesondere wird beklagt, dass keine Förderung von Kooperationen (vernetzende Projekte) gefördert werden. Dies soll	250	250	5	Verbesserung der Umwelt, Erhöhung der Lebensqualität der Bremer BürgerInnen...	

		durch die Erhöhung der Mittel verbessert werden.					
	Summe Umwelt		250	250	5		

Thema:	Sport		0	0			
28	Förderung von Sportvereinen u. ä.	Rückgängigmachung der Mittelkürzung - Laut Landessportbund fehlen den Vereinen in Bremen seit 2006 die Zuwendungen aus den Wettmitteln in Höhe von 800.000 €. Durch die fehlenden Mittel sind viele Vereine nicht mehr in der Lage, ihre Sportstätten und sanitären Anlagen im erforderlichen Maße zu sanieren sowie Sportgeräte anzuschaffen und zu reparieren.	800	800	5	Sportvereine erfüllen eine wichtige gesundheitliche, soziale und gesellschafts-politische Aufgabe für alle Bevölkerungsschichten und sollten darum in ausreichendem Maße gefördert werden.	Die fehlenden Mittel drohen für Vereine mit eigenen Sportanlagen zur Existenzgefährdung zu werden
	Summe Sport		800	800	5		

Thema:	Institutionelles		0	0			
29	Zusätzliche Stellen Ressort Datenschutz	Rückgängigmachung der geplanten Kürzungen und Erhöhung der Stellenzahl sowie basale Ausstattung mit Sachmitteln – Forderungen des Ressorts.	116	157	3	Datenschutz und das Recht der BürgerInnen auf Informationsfreiheit ist ein wichtiges demokratisches Gut. Zur Zeit ist die Dienststelle nicht mehr vollständig leistungsfähig.	Auch vom zugeordneten Ausschuss wird eine Erhöhung der Mittel gefordert.
30	Beamtenbesoldung – Erhöhung um 2.9 % ab 1.1.2008	Die Linke tritt dafür ein, dass die Beamtgehälter ab 1.1. 2008 um 2,9% erhöht werden. Hier wird das Geld	21.769	6.827		Wenn man von den Bremer Beamtinnen und Beamten gute Arbeit erwartet (insbesondere im Rahmen der	Auch die CDU tritt dafür ein.

		dafür eingestellt.				allgemeinen Stellenkürzungen), kann man nicht auch noch das Entgelt ständig weniger werden lassen- die hier vorgesehenen 2,9 % Erhöhung gleichen gerade mal die Inflation der letzten 1,5 Jahre aus.	
31	ABiG Ausbildungstarife erhöhen	Die Azubis sollen Gehälter gemäß Ausbildung im öffentlichen Dienst erhalten – eine Forderung von Verdi	350	350		Eigentlich machen die Azubis in der ABiG eine ganz normale Ausbildung im öffentlichen Dienst. Da die ABiG aber ein ausgelagertes Unternehmen ist, bekommen sie nur 60% der Entlohnung im öffentlichen Dienst. Dies soll rückgängig gemacht werden.	
32	Einstellung für Tariferhöhung im TVöD und TV-L in Höhe von 8%	Wie die BeamtInnen haben auch die ArbeitnehmerInnen nach Jahren des realen Kaufkraftverlusts eine Steigerung verdient und werden auch dafür kämpfen. Hier sollte sicherheitshalber genug Geld vorgehalten werden, bevor hinterher wieder der Nachtragshaushalt droht.	3.600	20.050			Das Geld wird global eingestellt und verbleibt im Falle niedrigerer Tarifabschlüsse bei den zentralen Finanzen.
33	Verlagerung von 12 Stellen vom Verfassungsschutz zum Stadtamt	Insbesondere die Überwachung der linken Szene in Bremen bedarf keiner übermäßig verdeckten Ermittlungen – normale Recherche reicht völlig. Dagegen ist das Stadtamt völlig unterbesetzt.					
Summe Institutionelles			25.835	27.384	3		

Zusammenfassung	Zusätzliche Ausgaben 2008 (€)	Zusätzliche Ausgaben 2009 (€)	Arbeitsplätze (Vollzeit) in 2009
Summe :	85.232.380	137.321.890	4.859

Anmerkung: Vier Anträge stellen Mittel sowohl im Landes- als auch im Stadthaushalt ein und mussten daher in zwei Ausfertigungen (für Stadt/Land getrennt) eingereicht werden. Vier weitere Anträge waren notwendig, um die Änderung des Kreditvolumens (Stadt / Land) einzustellen und die Änderung der zugehörigen Haushaltsgesetze zu beantragen. Schließlich wurde ein Gesetzes-Änderungsantrag eingebracht, der die Besoldungserhöhung für die Beamten zum 1.1.2008 mit 2,9% zum Ziel hatte. Insgesamt wurden damit 42 Änderungsanträge eingereicht. Und wie uns heute der Plenardienst mitteilte, müssen wir auch noch einen Änderungsantrag mit sämtlichen Stellenänderungen einbringen...